

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Kampfesart der Conservativen.

Ein Stich von Flugblättern, welche der Wahlverein der deutschen Conservativen und andere conservativ-agrarische Organisationen von Berlin aus massenhaft versenden, liegt vor uns und wir halten es für nützlich, unsere Leser mit der darin sich zeigenden Kampfesart der Conservativen etwas näher bekannt zu machen.

Da ist z. B. ein Flugblatt aus dem Selbstverlag des Wahlvereins der deutschen Conservativen in Berlin unter der Überschrift: „Landwirthe seit auf Eurer Hut!“ Dieses Flugblatt scheint den Conservativen in Pommern ganz besonders gefallen zu haben, denn dasselbe wird auch mit einer Schluszeßlung für den Herrn Landrat v. Brochhausen-Dramburg an die Wähler des Wahlkreises Belgard-Dramburg-Schivelbein in Massen vertrieben.

In diesem Flugblatt wird auseinandergezehrt, daß die Bauernbewegung lediglich mit dem Gelde der Börse zu Stande gekommen sei. Diese Bauernbewegung besteht bekanntlich schon seit Jahren und sie ist dahin gerichtet, den Bauern eine stärkere Vertretung und namentlich mehr Gerechtigkeit in Bezug auf die Besteuerung in Sachen der Schul-, Wege- und Armenlast zu Theil werden zu lassen, eine Forderung, die in Bezug auf die Schulunterhaltung selbst im Herrenhause anerkannt ist. Diese Bauernbewegung sei ein Anriß der Berliner Börse, um die kleinen Besitzer gegen die Großbesitzer aufzuhetzen. „Die selben lieblichen Börsenfreunde, so heißt es in dem Flugblatt wörtlich, heben auch das Gesinde und die Arbeiter gegen die Bauern auf, kurz, es ist ein Verbrechen, das ganz direct staatsgefährlich ist.“

Mit denselben unsauberen Mitteln und Verleumdungen kämpft das Flugblatt des Wahlvereins der deutschen Conservativen auch gegen die Freisinnigen. Da heißt es wörtlich: „Wenn es der Landwirtschaft heute schlecht geht, so hat gerade der Freisinn hauptsächlich Schuld; denn der Freisinn begünstigt die ausländische Concurrent, ausländische Vieh- und Fleischseinsuhr, ausländische Ge- flügel- und Gierenfuhr, ausländische Aepfel und Margarine (!), das sind freisinnige Lieblingskinder (!). Wie soll die Landwirtschaft bestehen, wenn alles vom Auslande billig aber auch schlecht (!) hereingebracht wird? Wie soll noch Viehjucht lohnen, wenn aus dem Auslande nicht nur Geuchen eingeschleppt werden, sondern auch allerlei minderwertiges Fleisch, und wenn die Butterpreise durch den Margarineschwindel heruntergedrückt werden? Wo soll noch Geflügelzucht betrieben werden, wenn russische Gänse und russische Eier in ungeheuren Massen über die Grenze kommen? Die Freisinnigen sind für alle Freiheiten im Margarineschwindel und in anderen Schwindelen, wie in Weinverfälschung etc.“

Also die Freisinnigen sind hauptsächlich Schuld daran, daß es der Landwirtschaft schlecht geht! Wer wäre einsichtig genug, um eine solche unfreimütige Behauptung zu glauben? Von den 397 Abgeordneten des Reichstages gehörten ungefähr 40 der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Volkspartei zusammen an. Diese Zahlen braucht man nur zu nennen, um die Behauptung lächerlich erscheinen zu lassen, daß dieser verhältnismäßig kleine Theil des Reichstages Schuld sein soll an den Leiden und der Notth der Landwirtschaft.

Thatssache ist, daß wir sehr außer Jöllen auf Vieh, Fleisch etc. auch einen Zollschuh von 8,50 Mk. für das Brodkorn haben. Dafür haben sogar die Socialdemokraten gestimmt. Bis jetzt hat noch niemand vorgeschlagen, bei der Erneuerung der Handelsverträge diese Sähe zu beseitigen. Anfang der achtzig Jahre erklärte bekanntlich Fürst Bismarck, daß selbst der verrückteste Agrarier einen Zoll von 3 Mk. nicht verlangen würde. Jetzt haben wir, wie gesagt, 3,50 Mk. Aber die extremen conservativen Agrarier wollen ihn noch viel höher haben, wenn es sein kann, 8 bis 10 Mk., wie im Abgeordnetenhaus unwiderrührbar gesagt ist. Das würde eine enorme Belastung der ärmeren Bevölkerung sein und auch der kleineren Landwirthe, denn, wie der Herr Reichskanzler Fürst Hohenlohe zutreffend

In diesem Sinne hat sich auch der Abg.

Der Kampf mit dem Schicksal.

Roman von Hermann Heinrich.

(Nachdruck verboten.)

20)

Nachdem Bruder Spitz seine aufrichtige Bewehrung durch eine Beisteuer von einigen Tausend Mark dokumentiert hatte, zog Bruder Markgraf hinzu in die Welt und errichtete allerortis apokalyptische Gemeinden nach dem Muster der Berlinischen. Die Erfolge waren nach seiner Schilderung ungeheure. Die Sonderung in Schafe und Böcke, von welcher die Bibel berichtet, vollzog sich mehr und mehr, und Bruder Markgraf war so unbeschissen, auch alle Christen, welche nicht seiner Gemeinde angehörten, zu den Böcken zu zählen. Dem Beispiel des Rentners Spitz folgten in der nächsten Zeit noch einige wohlhabende Männer und Frauen, sogar eine Dame mit ostadeligem Namen und großem Vermögen konnte der Werbung des Sprechers nicht widerstehen. Da gab es Geld in Fülle, und die Missionsreisen konnten immer weiter ausgedehnt werden. In Wien, Köln, Hannover, Königsberg und vielen anderen bedeutenden Städten blühten die Gemeinden. Zuletzt ließ sich Markgraf zum Bischof aller apokalyptischen Gemeinden ernennen, und die Spenden flossen reichlicher als jemals. Eine Kirche wurde gebaut, und es war wunderbar, daß die Privatwohnung des Bischofs durch Geschenke an Geld und kostbare Möbelstücke Haus. Mit klopferndem Herzen folgte er dem

Richter am 29. Januar 1898 im Abgeordnetenhaus ausgesprochen. „Auch wir auf diese Seite“ — sagte er — „denken entfernt nicht daran, die Durchführung des Reichsfeuerwehrgeiges für das wir auch gestimmt gerade wie die Herren drüber haben, irgendwie zu verhindern. Alle Maßregeln, die die Regierung nach sachverständiger Prüfung für erforderlich hält, um Gefahren von unserem großen und Gott sei Dank von Jahr zu Jahr wachsenden Viehbestand abzuhalten, werden wir gern begrüßen. Wir meinen aber nicht, daß in diesem Hause und im Reichstage viele Männer sind, welche competent in dieser Frage sind. Das sind lediglich die Sachverständigen, welche dem Herrn Minister zur Seite stehen. Wir haben ja gestern im Reichstage die Erklärung sowohl vom Präsidenten des Gesundheitsamts, als auch von dem Vertreter der bayerischen Regierung gehört, daß die völlige Sperrung der Grenze nach Oesterreich sachlich nicht geboten und nicht gerechtfertigt wäre. Wie wollen Sie dem Herrn Landwirtschaftsminister zumuthen, daß er angesichts solcher Erklärungen Verträge, die die Regierung in feierlichster Weise eingegangen ist, bricht?“

Aurum, die Freisinnigen theilen in dieser Frage den Standpunkt der Regierung. Thatssache ist auch, daß unser Viehbestand jährlich in erstaunlichster Weise wächst. Das haben die amtlichen Viehaufnahmen bewiesen. In den Jahren 1882 bis 1892 hat der Viehbestand um 80 Millionen Mark an Wert jährlich zugenommen und in den fünf Jahren seit den Handelsverträgen von 1892 um 90 Millionen Mark jährlich an Wert. Auch die Schweine, um deren Zucht durch die Bauern die conservativ-agrarischen Flugblätter so besorgt sind, haben sich in den letzten fünf Jahren um 1664 000 Stück vermehrt, d. h. um 21½ Prozent. Das Schweinefleisch ist auch nach den amtlichen Notirungen seit dem vorigen Jahre im Preise gestiegen. Butter und Eier sind nicht heruntergegangen.

Was die Begünstigung von Schwineleuten in Bezug auf die Margarine betrifft, so ist das wiederum eine böswillige Verleumdung. Die Freisinnigen haben alle die Maßregeln gebilligt, welche Täuschung und Betrug verhindern sollen. Sie sind nur gegen zwecklose Quälereien gewesen, welche den Betrug und die Täuschung nicht verhindern können, aber namentlich die kleinen Kaufleute in ungerechtfertigter Weise belästigen. Dasselbe wollte die Vorlage der verbündeten Regierungen. Sie haben sich nur sehr ungern dazu entschlossen, in Bezug auf die getrennten Verkaufsräume, welche die Majorität des Reichstages durchaus wollte, nachzugeben. Ein Sachverständiger, der Geschäftsführer des westpreußischen Butterverkaufverbands, Herr Benno Martin, hat seinen lehren Bericht mit folgenden Worten geschlossen:

„Die Lösung aller eisichtlichen und redlichen, um Gerechtigkeit kämpfenden Fachleute aber muß bleiben: Aufhebung des Margarinegesetzes und Aufhebung der Berliner Butternotierung.“

Ein anderes conservatives Flugblatt aus dem Hüsse'schen Verlag sagt von den Freisinnigen u. a., sie wollten keinen Zollschuh für unsere Landwirtschaft, sie hätten auch gegen die Auswendung von Mitteln zur Förderung von Kleinbahnen gestimmt u. s. f. w.

Thatssache ist, daß wir sehr außer Jöllen auf Vieh, Fleisch etc. auch einen Zollschuh von 8,50 Mk. für das Brodkorn haben. Dafür haben sogar die Socialdemokraten gestimmt. Bis jetzt hat noch niemand vorgeschlagen, bei der Erneuerung der Handelsverträge diese Sähe zu beseitigen. Anfang der achtzig Jahre erklärte bekanntlich Fürst Bismarck, daß selbst der verrückteste Agrarier einen Zoll von 3 Mk. nicht verlangen würde. Jetzt haben wir, wie gesagt, 3,50 Mk. Aber die extremen conservativen Agrarier wollen ihn noch viel höher haben, wenn es sein kann, 8 bis 10 Mk., wie im Abgeordnetenhaus unwiderrührbar gesagt ist. Das würde eine enorme Belastung der ärmeren Bevölkerung sein und auch der kleineren Landwirthe, denn, wie der Herr Reichskanzler Fürst Hohenlohe zutreffend

mehr und mehr das Ansehen eines Hauses der Kinder dieser Welt gewann.

Bis hierher hatte sich die Gemeinde entwickelt, als der Bischof von seiner Tochter Franziska die Nachricht erhielt, daß sie die Stelle einer Wirthschafterin bei dem Amtsgericht Röhne auf Arahnepuhl angenommen habe und sie zu Michaelis antreten werde. Markgraf war damit sehr einverstanden, denn er begriff sogleich, daß es sich dabei nicht nur um die Wiedervereinigung der Ehegatten, sondern auch um die Sicherung eines großen Vermögens handelte. Zugleich stieg der Gedanke in ihm auf, daß es wohl geboten erscheinen möchte, seine Missionstätigkeit auch auf das Havelland, das Land des selten Thones und des Mammons, auszudehnen.

„Willst du nicht die neue Wirthschafterin von Gandenbürg abholen?“ fragte der Amtsgericht.

So gern Richard seiner Frau entgegenfahren wäre, so fürchtete er doch, daß sie beide nicht stark bleiben würden, und die Deffenlichkeit hat zuweilen scharfe Augen.

„Willst du das lieber nicht besorgen?“ entgegnete er deshalb. „Du kennst sie ja schon.“

„Wir könnten auch einfach den Amtsrath schicken. Aber nein, das geht nicht. Er würde sie im Gedränge nicht finden. Ich werde selbst gehen.“ Mit seeligem und doch bangem Gefühl sah Richard der Ankunft seiner Frau entgegen. Als sich der Dampfer in der Ferne meldete, wandte er sich mit erheuchelter Gleichgültigkeit der Siegeltei zu. Nach einiger Zeit rief ihn der Amtsgericht ins Haus. Mit klopferndem Herzen folgte er dem

gesagten hat, haben von den 19 Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 4 Millionen einen Vorteil von hohen Getreidepreisen, 15 Millionen dagegen keinen Vorteil, die meisten sogar Nachteil. Das kann nicht oft genug gesagt werden.

Unwahr ist es auch, daß die Freisinnigen die Mittel zur Förderung von Kleinbahnen verweigert haben. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Sie haben sie auf das entschiedenste befürwortet, sie verlangen eine durchgreifende Förderung der Kleinbahnen durch den Staat, namentlich für die ärmeren östlichen Provinzen.

Geradezu erbärmlich sind die Mittel, mit denen ein conservativer, in Polen gedrucktes Flugblatt in den Kreisen Dramburg, Belgard, Schivelbein gegen die freisinnige Vereinigung kämpft. Welcher Art dieses von Verleumdungen und Unwahrheiten strotzende Flugblatt ist, geht schon aus der Einleitung hervor, welche wie folgt lautet:

„Was will die Fraktion Richter und wer sind die Däffalen dieser Partei? Antwort: Mit Vorliebe nennen die Antisemiten oder Judenverfolger die freisinnige Vereinigung unter Führung des Verfassungsparlamentariers Richter aus Puhis in Westpreußen die „Judenfuchstruppe“. Ob mit Recht oder Unrecht, ist nicht die Aufgabe unserer Betrachtung. Der Ausdruck ist jedenfalls kein commentmäßiger, sondern ein herbar, aufreißender Ton, den man nicht in eine friedliche Bevölkerung hineintragen soll. Feststehende Thatssache ist aber, daß die Fraktion Richter ihr Leben durch das Großkapital der Judenschaft fristet und alle Wahlagitationen aus diesem bezahlt werden (!!), daher sind alle Knappen dieser Partei auch Söldlinge der Juden.“

Man wird an dieser Probe genug haben. Das ist die conservativ-agrarische Wahlkost in einem pommerschen Wahlkreise.

Politische Tagesschau.

Danzig, 8. Juni.

Graf Posadowsky's Wahlbrief.

Während das Schreiben des Grafen Posadowsky an einen „notablen Politiker“, hinter dem man wohl Herrn v. Kardorff vermuten darf, in der liberalen Presse höchst kritisiert wird, gehen die conservativen Blätter, wie „Kreuzig.“ und „Post“, schweigend über dasselbe hinweg. Man kann darin wohl ohne weiteres das Eingeständnis sehen, daß diese Parteien auch dann, wenn es den Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie gilt, keine Neigung haben, für liberale Candidate zu stimmen, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Haben sie doch auch bisher keinen Anstand genommen, aussichtslose Candidate aufzustellen, ohne sich darum zu sorgen, ob dadurch vielleicht die Wahl des Sozialdemokraten herbeigeführt wird. Unter diesen Umständen ist es kaum wahrscheinlich, daß das Privatschreiben des Staatssekretärs auf den Gang der Wahlbewegung, die schon so nahe am Ziel ist, einen sühnlichen Einfluß ausüben wird. Erst recht über die Aufführung des „Stellvertreters“ des Reichskanzlers wird jedenfalls der „Vormärz“ sein, da die socialdemokratische Partei ein um so größeres Relief erhält, je mehr die Regierung bemüht ist, das Bürgerthum zum Kampf gegen die Partei zu führen. In den Blättern wird vielfach die Frage aufgeworfen, wie Graf Posadowsky, der doch nur als Stellvertreter des Reichskanzlers fungirt, zu einer solchen Einmischung in die Wahlen kommt, es kann aber doch wohl als selbstverständlich gelten, daß der Staatssekretär im Reichsamt des Inneren auch ein solches hochpolitisches und in seinem zweiten Theile programmatisches Schreiben nicht ohne vorherige Verständigung mit dem Fürsten Hohenlohe erlassen hat.

Die „Nationallib. Corresp.“, das Fraktionsorgan der Nationalliberalen, äußert sich zu Posadowsky's Brief u. a. wie folgt:

„Die Form der Aufführung ist etwas fletsch; auch ist sie, was die Beurtheilung der wirthschaftlichen Streitfragen angeht, nicht so eingehend, wie bezüglich der Stellungnahme gegen-

Rufe, und tief holte er Athem, ehe er ins Zimmer trat.

Die alte und die neue Ladewigen waren anwesend, die Alte finster und kalt wie ein Eisberg, die neue ernst und ruhig, nur die unsäglichen Augen verkündeten dem Eingeweihten die innere Erregung.

„Mein Sohn — Frau Ladewig, unsere neue Wirthschafterin.“

Richard nickte leicht mit dem Kopfe, während sich Franziska verneigte. Da stand seine Frau, nach der sich seine Seele in der langen Zeit der Trennung gesucht hatte. Ihr goldblondes Haar war unverändert, nur die Stirnlocken waren verschwunden, und die schöne, hohe Stirn ließ sie ernster erscheinen, als sie früher ausgesehen hatte. Ihr Teint war dunkler geworden, und die Gestalt kräftiger. Der zarte Hauch der Kindlichkeit war abgestreift, aber der Zug von hingerichteter Liebe, der ihr so oft gerührte und entzückt hatte, war geblieben. Einen Moment begnügten sich ihre Augen, aber steines sprach ein Wort.

„Wir haben das Vertrauen zu Ihnen, daß wir mit Ihnen ebenso zufrieden werden sein können, wie mit unserer alten, guten, treuen Ladewigen“, sagte der Amtsgericht streng und doch mit einem Klang von Wohlwollen in der starken Stimme.

„Frau Ladewig wird noch eine Woche bei uns verbleiben und Sie in die häuslichen Verhältnisse einführen.“

Franziska verbeugte sich zustimmend und ging mit der Alten.

über der Socialdemokratie, sofern sie des politischen Einstift des einzelnen Wählers überläßt, zu erkennen, daß Bestrebungen, wie die der Bundesleitung, nicht geeignet sind, „die großen, gemeinsamen Interessen unserer Erwerbsstände politisch zu fördern“. Mit dieser Ergänzung stimmen wir dem Briefe des Grafen Posadowsky in allen Punkten zu.“

Über weitere Preisstimmen von heute wird uns auf dem Drahtwege gemeldet:

Berlin, 8. Juni. (Tel.) Die „Deutsche Tagessgt.“ schreibt: „Wir erblicken in dem Briefe Posadowsky's ein wertvolles Zeugniß dafür, daß die Regierung mit uns den gleichen Zielen zustrebt.“

Die „National-Itg.“ führt aus: „Eine Regierung, wie die gegenwärtige, wird mit dem Auslande in handelspolitischer Hinsicht nur das vereinbaren, was die Herren v. Plötz und Geßner, sollte es ihnen gelingen, die Mehrheit im Reichstage zu erlangen, zu bewilligen bereit sind. Deshalb ist das Schreiben des Grafen Posadowsky eine Warnung für die Wähler.“

Die „Hamb. Nachr.“ schreibt: „Wenn die übrigen Minister mit dem Grafen Posadowsky übereinstimmen, dann müßte auch amlich gegen die Socialdemokratie vorgegangen werden. Aus den Worten müssen Thaten werden. Mit halber Arbeit ist nichts gethan.“

Die „Hamb. Nachr.“ cultivieren bekanntlich das Rufen nach Ausnahmemaßregeln gegen die Socialdemokratie mit besonderer Vorliebe und Unermüdlichkeit. Der „Vormärz“, wie gesagt, wird sich freuen. Das ist willkommenes Wasser auf die Mühe der Socialdemokratie!

Der Bund der Landwirthe und die Schlächterinnungen.

Nachdem bei der Beratung des Antrages Mendel-Steinfels-Ring im Abgeordnetenhaus der Reichskanzler die reichsgechliche Einführung der obligatorischen Fleischbeschau in Aussicht gestellt hatte, hat die Commission der Schlächterinnungen der Städte bekanntlich eine Conferenz zur Feststellung der Forderungen berufen, welche die Städte bezüglich eines derartigen Reichsgesetzes erheben. Die Einladung zur Theilnahme an dieser Conferenz lehnte der Vorstand der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein, Graf Ranau, in einem Schreiben ab, in dem er die Einführung ausländischer Ducht- und Schlachtviehs für „absolut entbehrlidh“ erklärt und ein Bedürfnis zur Einführung ausländischer Fleischwaren nicht anerkannt wurde. Die Conferenz nahm dagegen einstimmig eine Erklärung an, wonach die Tuberculin-Imfung an Thieren, welche zum Zwecke der sofortigen Schlachtung eingeführt werden, als prochol. Maßregel abzuschaffen und alles (nach Aufhebung der Viehsperr) aus dem Auslande einzuführende Schlachtvieh an der Einfuhrplakette in öffentlichen Schlachthäusern zu schlachten und das Fleisch dabei nach den bestehenden Bestimmungen der Fleischbeschau zu unterziehen ist. Die Conferenz fand am 4. Mai statt. Am 2. Juni aber — dieses Mal auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer — fand eine neue Begegnung statt, in der der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Dehoni-Petersen-Eulin, erklärte, die Mehrheit der Landwirtschaftskammer stehe keineswegs auf dem gleichen Boden mit dem Bunde der Landwirthe. Welcher Ansicht diese Mehrheit ist, erfährt man nicht. Herr Petersen begnügte sich damit, als seine persönliche Auffassung die einzustellen, daß die Tuberculinimpfung am Schlachtvieh eine zwecklose Maßregel sei und daß die Einführung von Vieh im allgemeinen noch notwendig und jedenfalls die Einführung von lebendem Vieh der Einführung von Fleisch vorzuziehen sei. An diese Zugehörigkeit knüpften der Vertreter der Landwirtschaftskammer den Vorhalt, die Schlächter-Innungen sollten sich mit einer Erweiterung der Fleischseinführung einverstanden er-

„Wie findest du sie?“

„Sie macht einen Vertrauen erweckenden Eindruck.“

„Ja, und ernst und schweigend ist sie. Sie ist aus anderem Holz wie die Alte, aber in ihrer Weise nicht schlechter. Nun, wir werden ja sehen. Uebrigens könnte du etwas weniger steif gegen sie sein. Die Haltung steht dir ja gut, aber eine Wirthschafterin ist doch eine Vertrauensperson.“

„Das wird sich schon finden.“

Der Amtsgericht war ins Bett gegangen, still lagen Haus, Garten und Siegel. Die alte und die neue Frau Ladewigen saßen im Siegelstübchen. Die Alte hatte ihre Gleichgültigkeit abgelegt und war bemüht, die Pflichten einer Mutter und Vertrauten zu erfüllen. „Nur tapfer, junges Blut, nur nicht

klaren, woraufhin die Landwirtschaftskammer für die Wiederzulassung des lebenden Viehs eintraten würde. Die Vertreter der Schäfer gingen auf diesen Vorschlag nicht ohne weiteres ein; sie erklärten, sie müssten darauf bestehen, daß die Viehtransporte vorher freigegeben werden, ehe sie einer Erschwerung der Fleischlieferung zustimmen könnten.

Wetterleuchten im österreichischen Parlamente.

Die bisherige Ruhe, die im österreichischen Parlamente seit seinem Zusammentreten am 1. Juni geherrscht hat, ist die Ruhe vor dem Sturm gewesen. Gestern hat es angefangen, bedenklich zu wetterleuchten.

Beim Beginn der Sitzung verlas Schönerer eine Petition von 2183 Gemeinden gegen die Sprachenverordnungen des Frhns. v. Gauß und begann sämtliche 2183 Namen zu verlesen. Der Präsident unterbrach ihn wiederholt und entzog ihm schließlich das Wort. Schönerer setzte jedoch die Verlesung der Namen fort. Der Präsident ertheilte anderen Rednern das Wort, auch der Ministerpräsident meldete sich zum Worte zur Beantwortung der Interpellation wegen der Grauer Vorgänge. Da jedoch Schönerer die Namen weiter verlas und der Lärm bei den Schönerianern andauerte, erklärte der Ministerpräsident, er werde die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten. Schönerer stellte schließlich den Antrag auf vollinhaltliche Aufnahme der Petition in das stenographische Protocoll. Der Präsident erklärte, er nehme die Wortentziehung zurück, da er nicht gewusst habe, daß Schönerer einen Antrag habe stellen wollen.

Das Haus ging dann zur Tagesordnung über und setzte die Debatte über die Sprachenverordnungen fort. Hierbei trat der Abg. Wolf in die Spanken und ging mit grösster Heftigkeit vor. In dem offiziösen Berichte heißt es: Wolf führte aus, wenn es zu einer Verständigung zwischen den Deutschen und Tschechen kommen sollte, müssten die Feudalen von den Verhandlungen ganz fern gehalten werden, und schloss: „Die Deutschen werden in ihrer festen Haltung verharren, bis die Sprachenverordnungen aufgehoben sind.“ Redner erhielt wegen mehrerer Aeußerungen den Ordnungsruß. Ganz anders klingt nachstehender Privatbericht, der aus Wien an verschiedene Blätter gegangen ist:

Wien, 8. Juni. (Tel.) Bei den gestrigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses erregte eine Rede des Abgeordneten Wolf besonderes Aufsehen. Der Redner brachte u. a. das von dem Fürstbischof von Trient erlassene Verbot der Bojener liberalen Zeitung zur Sprache und rief dabei aus: „Leben wir denn in einem Rechtsstaate, daß ein übermächtiger oder verrückt gewordener Pfarrer sich herausnimmt, so freche Edicte zu erlassen?“ Troh des ertheilten Ordnungsrußes wiederholte Wolf diese Worte und fuhr dann fort: „Man hat uns von der Opposition zur Obstruktion getrieben. Und es giebt noch ein Drittes. Erinnere man sich an das Jahr 1848! Man sollte es nicht darauf ankommen lassen, daß sich 1848 wiederholt, wo es vor dem 2. Dezember einen 6. Oktober gegeben hat und wo nach dem 6. Oktober in Graz u. a. eiserne Laternenpfähle eingeführt wurden.“

Um Wolfs Drohungen zu widerlegen, muß man sich der Bedeutung der von ihm citirten historischen Daten erinnern: Am 2. Dezember 1848 fand die Abdankung des Kaisers Ferdinand und am 6. Oktober ein Kampf zwischen den Truppen und den Volksmassen in Wien statt, bei welchem letztere den Sieg behaupteten. An derselben Tage wurde der Kriegsminister Latour von dem empörten Pöbel kannibaliert und sein Leichnam an einen Laternenpfahl gehängt.

Eine solche Sprache ist wohl noch nie im Parlamente geführt worden!

Schließlich wurde die Verhandlung abgebrochen. Präsident v. Zusch beantwortete die in der letzten Sitzung gestellte Anfrage des Abg. Milewski bezüglich das Arbeitsprogramm des Hauses dahin, daß, nachdem in der Öbmänner-Conferenz die Vertreter der Minorität dergemäß gegen jede positive Arbeit, also auch gegen die Erledigung der wichtigen Regierungsvorlagen sich ausgesprochen haben, er nicht in der Lage sei, dem Hause ein Arbeitsprogramm vorzulegen. Die nächste Sitzung findet am 14. Juni statt.

Dieser Vertrag des Abgeordnetenhauses bis zum nächsten Dienstag wird eine große politische Bedeutung begegnen. Man nimmt an, daß die Regierung bis Dienstag ihre Entschlüsse fassen werde. Vielleicht ist man der Ansicht, daß der Reichsrath von Dienstag noch vertagt und nach den Sitzungen der Quoten-Deputationen eventuell geschlossen werde. Damit wäre auch Graf Thun am Ende seiner Weisheit angelangt.

Blutiger Ernst

Ist es jetzt geworden auf den beiden Artilleriegeschützen, in Weltindien sowohl, wie auf den Philippinen. Zu Wasser und zu Lande hat man sich geschlagen. Es bestätigt sich, daß am Montag gleichzeitig mit der Beschießung der Forts von Santiago durch die Amerikaner die Aufständischen zu Lande einen Angriff auf Santiago machten. Der Garnison sollen schwere Verluste zugesetzt sein. Ferner haben scharfe Kontroverse zwischen den bei Santiago gelandeten Amerikanern und spanischen Truppen stattgefunden, während das amerikanische Bombardement mit allem Nachdruck fortgesetzt wurde. Natürlich, daß sich die amerikanischen und die spanischen Berichte wieder stark widersprechen. Aber in der Hauptssache steht der größere Erfolg der Amerikaner fest, da die Spanier selbst wenigstens „Beschädigungen“ der Forts zugeben und eine Anzahl Verwundete nennen. Lassen wir die Berichte, wie sie der Draht heute bringt, nach einander folgen:

Amerikanische Berichte.

New York, 8. Juni. (Tel.) Von Bord des Dampfgeisenbootes „Dandy“ auf der Höhe von Santiago ist über das gestrige Gefecht folgende Depesche eingelaufen: Der Kampf fand bei dichtem Nebel und heftigem Regen statt. Die Amerikaner eröffneten das Feuer, die Spanier erwiderten dasselbe sofort, schossen aber schlecht. Die amerikanischen Schiffe führten keine Bewegungen aus, sondern unterhielten von ihrem ursprünglichen Standpunkte aus ein stetes Feuer. Später rückten die Schiffe des Commodore Schley in nähere Schußlinie. Von der „Brooklyn“ und der „Tug“ wurden die Strandbatterien rasch zum Schweigen gebracht. Ebenso die Batterien des Forts Castella, das in

Brand geschossen wurde. Die „New-Hoch“ und die „New-Orleans“ brachten weiter östlich das Fort Castro zum Schweigen und beschossen dann noch die Schanzenwerke. Bald darauf brach im Fort Catalina Feuer aus, das gleichfalls das Schießen einstellte. Um 10 Uhr Vormittags gaben die Spanier keinen Schuß mehr ab. Admiral Sampson stellte dann auf amerikanischer Seite das Feuer ein. Kein Schiff des amerikanischen Geschwaders ist getroffen worden, keiner Mann verwundet.

New York, 8. Juni. (Tel.) Das „Journal“ veröffentlicht aus Cap-Haïtien eine Meldung, wonach folgende Einzelheiten bei der Beschießung von Santiago vorgekommen wären: 10 Panzerschiffe dampften vor den Forts hin und her und feuerten über 1500 Schuß allein aus schweren Geschützen. Nach einer Stunde näherten sich die Schiffe dem Eingang des Hafens und bemerkten daß die „Reina Mercedes“ mit Vorbereitungen zur Sprengung des Bruchs des „Terramac“ beschäftigt war. Ein vom „Oregon“ abgegebener Schuß traf die „Reina Mercedes“, riß alle Oberbauten nieder und tödete einige Leute der Mannschaft. Admiral Cervera befahl, das Schiff zu verlassen.

Alle Forts einschließlich Fort Morro liegen in Trümmern.

Am Nachmittag griff die spanische Infanterie und Cavallerie eine Abteilung amerikanische Marinemannschaften an, welche in der Nähe von Dorguiri landete. Mit Hilfe der Aufständischen, welche in der Nähe waren, gelang es der amerikanischen Abteilung aber, die Stellung einzunehmen, von der aus sie später die Spanier mit schweren Verlusten zurückstiegen. Zahlreiche Geschüsse gelandet.

Washington, 8. Juni. (Tel.) Das Marine-departement erhielt eine Depesche des Admirals Sampson, welche meldet, er habe Montag früh zwischen 7½ und 10 Uhr die Befestigungen von Santiago bombardiert und dieselben vollkommen zum Schweigen gebracht.

Spanische Berichte.

London, 7. Juni. Nach einer Meldung aus Havanna von gestern behaupten die Spanier, gestern zwei Angriffe der Amerikaner auf Santiago zurückgewiesen zu haben; Marschall Blanco habe den Commandanten von Santiago zu dem Heroismus seiner Truppen beglückwünscht.

Madrid, 8. Juni. (Tel.) Eine amtliche Depesche des Admirals Cervera besagt: 10 amerikanische Schiffe bombardierten Santiago de Cuba und die Küsten. Einige Geschosse trafen die spanischen Schiffe. Der Kreuzer „Reina Mercedes“ verlor 6 Tode, 12 Vermundete und 5 ganz leicht Verletzte. Die spanischen Landtruppen haben 1 Toden; 8 Offiziere und 17 Mann sind verwundet. Die Amerikaner gaben 1500 Schuß aus Geschützen verschieden Kalibers ab, doch ist der Schaden, den die Batterien in den Forts La Socapa und Morro erlitten, nicht erheblich. Dagegen wurden die Kasernen im letzteren Fort beschädigt. Auch der Feind hat sichtlichen Schaden erlitten.

Madrid, 8. Juni. (Tel.) In der Deputirtenkammer verlas der Marineminister die Depesche des Admirals Cervera und fügte hinzu, General Blanco hat telegraphisch gemeldet, daß General Linares die Landungsversuche der Amerikaner in Aguadores zurückgewiesen habe. Im Senat verlas der Marineminister ebenfalls die Depesche Cerveras und fügte hinzu, die Beschießung habe drei Stunden gedauert und die Forts Morro, La Socapa und Punta Gorda hätten das Feuer erwidert. Der Senat beschloß darauf einstimmig, Heer und Flotte zu beglückwünschen (I).

Auf den Philippinen

scheint es troh aller schöngefärbten offiziösen Berichten der Spanier mit der spanischen Sache reizend abwärts zu gehen. Die Aufständischen dringen überall mit Macht vorwärts und wenn der nachfolgende Bericht im wesentlichen stimmt, ist die Schlakatastrophe im Anzuge.

Wie eine Depesche des „Reuter'schen Bureaus“ aus Manila vom 2. d. Ms. mittheilt, gehen die Aufständischen, vom amerikanischen Kanonenboot „Petrel“ unterstützt, längs der Küste vor. Der Gipspunkt der Spanier ist Manila; viertausend Mann sind an die von den Aufständischen bedrohten Punkte als Verstärkung gesandt worden.

Es heißt, die Spanier wären in dem Kampf, über welchen die Nachrichten in Manila am 31. Mai eintrafen, auf der ganzen Linie unter erheblichen Verlusten zurückgeschlagen worden. Es wurde 70 Stunden lang gekämpft, obwohl zur Zeit ein heftiger Sturm tobte. Ein spanisches Eingeborenen-Regiment, dessen Commandeer, Oberst Aquinaldo, ein Beter des Führers der Aufständischen ist, ging am 30. Mai zu letzteren über.

Der Gouverneur ergreift Maßregeln, um die gesammte spanische Bevölkerung innerhalb der alten Ummauern unterzubringen; auf den

Mauern der Forts werden Kanonen und an den Hauptverkehrswegen Militärposten aufgestellt.

Admiral Dewey weigert sich, seine Erlaubnis zum Sturm der halbwilden Horden der Aufständischen auf eine von civilisierten Menschen bewohnte Stadt wie Manila zu geben. Er besteht darauf, daß Aquinaldo die Ankunft der amerikanischen Truppen abwartet, welche für die Zeit zwischen dem 4. und 12. Juni entgegenstehen wird.

Von dahin gestattet Admiral Dewey den Aufständischen auch nicht, den sieben Meilen südlich von Manila gelegenen Malate-Fluß zu überqueren.

Die amerikanischen Schiffe werden die Aufständischen bombardieren, wenn diese nicht dem Befehl gehorchen. Nach den letzten Nachrichten über die Stellung der Aufständischen halten diese Caloocan im Norden und Bacolor im Süden, dagegen keine Stellung im Osten der Stadt; die Spanier sind im Besitz des ganzen Flusses Pasig bis zur Lagune. Die Aufständische Bewegung ist im Norden allgemein. Die Bahnverbindung ist an mehreren Stellen unterbrochen. Lebhafte Kämpfe haben im Süden am Flusse Zapote zwischen Bacolor und Los Pinas stattgefunden; die Spanier schlugen, ohne selbst Verluste zu haben, mehrere heftige Angriffe der Aufständischen zurück, auch erklärten sie, am Zapote am 1. Juni einen Sieg davongetragen zu haben; die Anwesenheit der amerikanischen Schiffe vor Cavite allein habe sie gehindert, die Aufständischen zu verfolgen und zu vernichten.

Was nützen angefischt einer so weitgedehnten Sachlage noch die „Zugeständnisse“, die der spanische General-Gouverneur den Eingeborenen gemacht hat? Und der Versuch, den sinkenden Mut der in Manila eingeschlossenen Spanier mit der Ankündigung zu heben, eine

starke spanische Flotte mit 10 000 Mann nahe zum Einsatz heran, erscheint vollends verfehlt. Außerhalb Manilas wird jedenfalls diese Nachricht nur wenige Gläubige finden.

London, 8. Juni. (Tel.) Der „Standard“ meldet aus Washington: Nachdem der Präsident Mac Kinley von dem Generalbericht des Generals Miles über das wenig befriedigende der militärischen Vorbereitungen Kenntnis genommen hatte, verlangte er vom Kriegssecretär Alger Aufklärung. Ebenso hat er im Cabinet die Veranstaltung einer Untersuchung angeregt, welche zur Feststellung der Verantwortlichkeit führen soll.

New York, 8. Juni. (Tel.) Der „Monarch“ verließ heute von dem Raddenschiff „Brutus“ begleitet, San Francisco, um nach Manila in See zu gehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. Juni. Der Wahlausschuss der Berliner Stadtvertretungsversammlung hat gestern beschlossen, zur Wahl eines besoldeten Staatsrats den Reichstagsabgeordneten Kaufmann vorzuschlagen. Über die Wahl des Oberbürgermeisters wurde noch kein Beschluss gefasst, doch stehen (wie schon erwähnt) Altherr und auch Bender-Breslau im Vordergrunde.

— Gestern Nachmittag erfolgte die Besiegelung des Bureau directors des Abgeordnetenhauses, Geheimrat Klein Schmidt, unter großer Beteiligung von dem Abgeordnetenhaus aus. Anwesend waren Vertreter des Präsidiums, der Fractionen der Abgeordneten, des Civilcabinetts des Kaisers, der Ministerien und der Behörden, darunter die Minister Thielen und v. d. Becke, sowie der Oberbürgermeister Zelle.

— Der Parteivorstand der Berliner National-liberalen veröffentlicht seinen Beschluss zu Gunsten des Eintritts für die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei und bemerkte weiter:

„Ausschlaggebend für den Beschluss, durch welchen zu weitgehenden Jersplitterung der Stimmen und der Gesamt unrichtiger Stichwahlen vorgebeugt werden soll, war besonders die Erwägung, daß es vor allem Pflicht aller liberalen Parteien ist, in dem Kampf gegen die Socialdemokratie zusammenzustehen, daß es ferner aber gilt, politisch und wirtschaftlich die rücksichtlichen Bestrebungen, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu bekämpfen.“

* [Der Verbandstag der deutschen Gewerkschaften] lehnte am Montag die Anträge auf statutarische Anerkennung der Ausbreitungsverbände und auf Gewährung des Rechts der Stellung von Anträgen zu den Verbandstagen an diese Verbände ab. Auf Antrag des Centralrathes wurde beschlossen, daß die Auflösung eines Ortsverbandes nur von einem dem Ortsverband angehörigen Ortsverein beantragt und von vier Fünfteln sämmtlicher anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ausgesprochen werden kann. Ebenso wurde ein weiterer Antrag des Anwalts angenommen, den Ortsverbänden die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises zu gestatten. Der Anwalt bemerkte dazu, er könne sie nicht darüber freuen, wenn die Gewerksvereine ihre Aufgaben aus der Hand geben und bloß, um Geld zu sparen, sich den städtischen Arbeitsnachweisen anschließen. Der Ortsverein Magdeburg beantragte, die Verbandsberberge in Berlin einzehen zu lassen. Statt dessen beschloß der Verbandstag, den Beitrag für die Verbandsberberge aus Verbandsmitteln erforderlich seines von 600 auf 1000 Mk. zu erhöhen. Die Ortsverbände Düsseldorf und Aachen hatten beantragt, der Verbandstag möge sich dafür aussprechen, daß die in einzelnen Gewerkschaftenstatuten enthaltene Bestimmung, wonach Mitgliedern der Socialdemokratie der Beitritt zu den Gewerksvereinen verwehrt wird, und der von den Aufzunehmenden geforderte Revers, wonach sie sich verpflichten, dieser Partei nicht beizutreten, abgeschafft werde. Nachdem der Verbandsanwalt sich für die Beibehaltung des Reverses ausgesprochen, wurde der Antrag auf Abschaffung des Reverses mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Der nächste Verbandstag wird 1901 in Köln stattfinden.

○ Pojen, 8. Juni. Nachdem erst vorgestern der Redakteur Lipinski von der „Praca“ wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten der Polen gegen die Deutschen zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, hat sich heute ein anderer Redakteur desselben Blattes, der noch unbestrafte 68 Jahre alte J. N. Sipmanski, ebenfalls wegen Vergehens gegen § 130 zu verantworten. Incriminiert war ein in der „Praca“ am 10. April erschienenes Gedicht — die betreffende Nummer ist übrigens alsbold polizeilich confiscat worden —, das die Ueberchrift trägt „Zur 50 jährigen Erinnerung des Aufstandes von 1848“. Der Angeklagte wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Bremen, 7. Juni. Der „Weserzeitung“ wird aus New York gemeldet, daß der Aufstand in der dominikanischen Republik unterdrückt ist. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Das Gerücht von der Ermordung des Präsidenten der dominikanischen Republik ist unbegründet. Die Söhne des Präsidenten halten sich zur Ausbildung in Hannover auf und erhielten gestern ein Telegramm, wonach ihr Vater wohl ist.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. In der heutigen Sitzung des Ministeriums wurde beschlossen, zahlreiche wegen der jüngsten Unruhen in Algerien Verurtheilte zu begnadigen. Der Minister des Außenwesens Sonnac teilte mit, daß Chino Frankreich die wegen der Ermordung des Paters Berthelot in Kuangsi verlangte Genugthuung in vollem Umfang gewährt habe, nämlich Verurtheilung der Schuldigen, Bestrafung der betreffenden Behörden, 100 000 Francs Entschädigung und Bau einer Gedächtniskapelle. Außerdem genehmigte China durch ein besonderes Abkommen Frankreich den Bau einer Eisenbahn, welche Pakhoi am Longking-Golf mit Nanningiu im Thale des Gianglongflusses verbinden soll.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 8. Juni. Wetterausichten für Donnerstag, 9. Juni, und zw. für das nordöstliche Deutschland: Dielsack heiter, ziemlich warm, strichweise Gewitterregen.

* [Übung in der Danziger Bucht.] Die Schulschiffe „Sophie“ und „Pige“ werden vom 8. bis 28. Juli Übungen in der Danziger Bucht machen.

* [Buchdrucker-Berufsgenossenschaft.] Auf der diesjährigen Jahrestagung der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft und des deutschen Buchdrucker-Vereins in Frankfurt a. M. wurde als nächstjähriger Versammlungsort Aiel gewählt.

* [Liberale Versammlung in Neufahrwasser.] Gestern Abend fand im Saale der Börse zu Danzig eine Versammlung liberaler Wähler von Neufahrwasser statt. Dieselbe war zahlreich besucht. Den Vorsitz führte Herr Fr. Bloch. Er eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahl, durch welche über die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Reiches entschieden würde und welche insbesondere für die Seestädte eine Lebensfrage sei. Er schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung einstimmte.

Als dann berichtete Herr Richter unter Hinweis auf den Bericht über seine Rede in der Danziger Schürenhaus-Versammlung kurz über die Resultate der letzten Session. Es ging dabei insbesondere auf die Bedeutung der Handelsverträge ein. Er wies darauf hin, daß es geradezu ungerechtlich sei, daß die Conservativen einer Stadt wie Danzig, deren ganze Zukunft von einer freieren Entwicklung des Verkehrs abhängig sei, einen höheren Zollschuh für die Landwirtschaft verlangen. Es zeigte, wie schon jetzt der Zoll von 3,50 Mk., den Bismarck anfangs der 1880er Jahre für unmöglich erklärt, die älteren Klasse immerhin erheblich belaste und wie vernichtet es für ganz Deutschland und insbesondere für unsere Ostprovinzen gewesen wäre, wenn, wie es die Conservativen wollten, der russische Handelsvertrag abgelehnt wäre. Ein jüngst entwickelter Export sei die Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die Landwirtschaft, deren Bedeutung niemand unterschätzen könnte, allein den jährlichen Zuwachs von 800 000 Köpfen nicht ernähren. Die Förderung der Industrie, auch in unserer Provinz, sei von höchster Bedeutung. Dies habe auch der Kaiser erkannt und im Verein mit den Staatsbehörden mühte die Bevölkerung ihre Kräfte anstrengten, um eine industrielle Entwicklung bei uns möglich zu machen. Mit der Gründung der technischen Hochschule und der Anlage neuer Fabriken sei der Anfang dazu gemacht. — Redner ging alsdann auf die Anstrengungen der Conservativen und insbesondere des Bundes der Landwirthe ein, die Doppelwährung bei uns einzuführen. Das wäre geradezu ein verzweifelter Schlag für alle Gewerbskreise, insbesondere für die Arbeiter, die Beamten, kurzum für alle, welche auf leste Einkünfte angewiesen sind. Gehalt und Lohn würden in ihrem Wert um die Hälfte reduziert werden. Unter gutes Gold würde ausgeführt und die Besitzer der Silberminen in Australien und Amerika auf unsere Kosten brillante Geschäfte machen. Auch die verschuldeten Landwirthe würden dabei nichts gewinnen, denn niemand würde so thöricht sein, es sich gesallen zu lassen, ein Darlehen, welches er in Gold gegeben, in Silber zurückzunehmen. Massenhafte Ründigungen würden dann die Landwirthe in eine verhängnisvolle Lage bringen. Leider haben sich die Wähler mit dieser, für alle Kreise enorm wichtigen Frage noch viel zu wenig beschäftigt. — Nachdem Redner noch auf die speziell unseren Hafenort angehende Frage der Städterweiterung, einer anderweitigen Hafenansicht u. s. w. eingegangen war und die Ziele, welche hier noch zu erreichen, bezeichnete, schloß er mit einem Appell an die Wähler, sich fest

Hauptversammlung abhielten, an die sich eine Fahrt auf die Rehde von Sopot anschließt. Um die zahlreichen Gäste aus dem Süden und Westen des Reiches mit unserer Provinz bekannt zu machen, ist für den 30. wie schon gemeldet, eine Fahrt nach Marienburg und eine solche von Dirschau nach dem Weichsel durchstech vorgesehen.

Gestern Abend hielt die Abtheilung Danzig unter dem Vorsteher des Herrn Dr. v. Bodenmann im kleinen Saale des Schürenhauses ein stark besuchte Versammlung ab, in der zunächst Herr Oberlehrer Dr. Hoffmann einen Vortrag über Pflanzen-Culturen in unseren afrikanischen Colonien hielt. Der Redner schilderte zunächst den Plantagenbau in unseren Colonien und ging dann im einzelnen auf die Culturen bestimmter Pflanzen ein. Der Vortragende kam auf Grund des von ihm gesammelten statistischen Materials zu der Ansicht, daß unsere Colonien wohl anbaufähig sind und reichliche Erträge bringen werden. Die Versammlung spendete dem Vortragenden lebhafte Beifall.

Der Vorsitzende machte dann eine Reihe von Mitteilungen, u. a. daß in dem neuen Hotel „Danziger Hof“ ein Colonialaal mit Emblemen aus unseren Colonien geschaffen werden soll. Herr Sanitätsrath Dr. Semion teilte mit, daß Prof. Koch von seiner neuesten Forschungsreise zur Beobachtung der Pest, die ihn auch in unsere Colonien geführt hat, zurückgekehrt ist. Er habe große wissenschaftliche Erfolge erzielt, namentlich auf dem Gebiet der Bekämpfung von Tropenkrankheiten. Die Mitgliederzahl der Danziger Ortsgruppe hat sich auf 460 gehoben.

* [Schießübung.] Am 26. d. Mts. rückten die beiden Infanterie-Regimenter König Friedrich I. und Nr. 128 zur Schießübung nach Gruppe aus.

* [Kirchen- und Schulvisitation.] Sonnabend früh verließ die Visitations-Commission die Gemeinde Tiegenhof, um in der Nachbargemeinde Tiegenort ihre Arbeit fortzuführen. Am Vormittag fand dabei ein Hauptgottesdienst mit Liturgie und Predigt des Ortspfarrers statt. Danach schloß sich eine Ansprache eines Commissionsmitgliedes an die Gemeinde und an die Confirmanten. Der Herr General-Superintendent D. Döblin sprach wieder zu den Hausvätern und Hausmüttern und hielt die Conferenz mit dem Gemeindedekanen. Am Nachmittage teilte sich die Commission, um die Visitation der Schulen zum Theil in der Kirche, zum Theil in den betreffenden Schullokalen vorzunehmen. Der Herr General-Superintendent machte die Revision in den auswärtigen Schulen mit. Sonntag, den 5. Juni d. J. ging die Reise nach Steegen weiter, wo ein Vormittagsgottesdienst, Kindergottesdienst und Abendgottesdienst stattfand. Montag, den 6. Juni, teilte sich die Commission wiederum und besuchte die vielen Schulen des großen Kirchspiels.

* [Reformierte Gemeinde.] Wie wir vernahmen, wird der neu gewählte zweite Prediger an der reformierten Petrikirche, Herr Naudé, nachdem sein Urlaub abgelaufen ist, sein Amt am 9. d. M. antreten und Sonntag, den 12. d. M., um 9½ Uhr, mit Predigen beginnen. Während des Sommers wird der Gottesdienst um 8 Uhr Morgens und um 9½ Uhr Vormittags stattfinden und zwar wechseln die beiden Prediger ab, so daß an einem Sonntag der erste, an dem folgenden der zweite Prediger den Hauptgottesdienst um 9½ Uhr abhält. An den ersten Feiertagen ist letzterer wie üblich, dem ersten Prediger Herrn Hoffmann vorbehalten. Herr Naudé beabsichtigt mit dem Confirmandenunterricht nach den großen Schulferien zu beginnen.

* [Conservative Wähler-Versammlung.] Eine Versammlung conservativer Wähler fand gestern Abend im Saale des Kaiserhauses statt, in welcher zunächst der Kandidat des Conservativen Herr Landgerichtsdirector Schulz eine längere Antrittsrede hielt. Anknüpfend an seine erste Kandidatenrede hob er hervor, daß er für Erhaltung der Wehrhaftigkeit, Hebung des kleinen Mannes sei; der Staat müsse auf christlicher Grundlage aufgebaut und im christlichen Geiste geleitet sein, jedoch verwahre er sich aufs entschiedenste gegen eine Vorherrschaft der Kirche, besonders wenn letztere von Rom aus regiert werde, er verwahre sich aber entschieden dagegen, als ob er sich hiermit gegen die katholische Religionsgemeinschaft ausgesprochen habe. Nach seiner ersten Rede sei der Wahlaufruf des Conservativen erschienen, er schließe sich demselben voll und ganz an. Der Freisinn stelle die Frage auf: „Haben die Conservativen denn allein die monarchische Gewissensgefäßheit?“ Das habe ich nicht gefragt. Wir wollen nur die Macht des Kaisers erhalten, während der Freisinn die Rechte der Krone zurückdrängen und den Parlamenten eine größere Macht zukommen lassen will. (Wodurch? D. Red.) Was die Machtstellung zu Wasser und zu Lande betrifft, so habe Herr Richert zwar für die Flottenvorlage gestimmt, indem nur persönlich; die Partei war nicht dafür. Die freisinnige Partei habe stets gegen die Flotte gestimmt. So 1866, 1868, 1889 und 1898 gegen die Flottenvorlagen. Sie habe auch stets gegen die Heeresmacht zu Lande gestimmt, so 1866 gegen die Anleihe, welche die Fortführung der deutschen Politik ermöglichen sollte, serner gegen Ertheilung der Indemnität, 1868, 1869, 1874, 1893 gegen die Heeresvorlagen. Die freisinnige Partei habe 1872 gegen die Bildung des Reichs-Ariegsschahes gestimmt. Wenn wir gegen die Wunderlager, den Schleuderhandel etc. sind, so wirft die freisinnige Partei uns vor, daß wir dafür keine Gründe angegeben haben. Darauf können wir nur erwidern, daß ein Wahlaufruf kurz sein muß und nicht gleich alles erörtern kann, denn er soll verständlich sein. Wenn wir auch nicht gleich Wege und Mittel angegeben haben, so wird sich das schon mit der Zeit finden. Was die festen Handelsverträge betrifft, so bemerke ich von vorne herein, daß ich kein Agrarier bin. Aber es sollen alle produzierenden Erwerbszweige gefördert werden. Ich bin nicht gegen die Handelsverträge, aber ob die augenblicklichen die richtigen sind, ist fraglich. In dem Wahlaufruf der Freisinnigen seien brennende Fragen nicht erörtert. Über Polen und Socialdemokratie schwieg sich der Freisinn vollständig aus. Der Zeher sei doch aber von Tag zu Tag zu bestimmen. Außerdem sei der Reichstag keine Gladiberordneten-Versammlung. Wenn ich gewählt werden sollte, würde ich öfter hierher kommen, unter Ihnen weilen und mich von Ihnen instruieren lassen. Sollten Sie indefekt einen anderen finden, der länger hier ist und unjüngere

*) Wenn diese Angaben, welche uns von zwei Berichterstattungen bestätigt werden, correct sind, scheint der Herr Kandidat der Conservativen sich doch mit dem Studium unserer neueren Zeitgeschichte ebenso wenig eingehend beschäftigt zu haben, als mit den jüngsten parlamentarischen Vorgängen. Er müßte sonst doch wissen, daß die freisinnige Partei, welcher Herr Richert angehört, nämlich die „Freisinnige Vereinigung“ einmütig für die Flottenvorlage gestimmt hat, daß die Mitglieder dieser Vereinigung 1893 für die Militärvorlage waren und gerade deshalb die Trennung von ihren früheren Parteigenossen erfolgte. Was Herr Schulz nach einem von conservativer Seite schon oft verbreiteten und ebenso oft beleuchteten Recept sonst über das Verhalten der „Freisinnigen Partei“ gestern vorgetragen hat, ist genau ebenso unhaltbar, da die „Freisinnige Partei“ bekanntlich nur von 1884 bis 1893 existiert.

D. Red.

Gesinnung thieilt, so stehe ich gern zurück. Wir wollen, meint Redner, die Polen in Deutschen erleben (Um Reichstag? D. Red.), wenn nicht im Guten so im Schlimmen. Ebenso wollen wir gegen die Socialdemokraten vorgehen, denn von ihnen ging die Idee des Zukunftstaates aus, sie streben nach Volksherrschaft. — Was nun meine Kandidatur anbetrifft, so hat man gefragt, ich hätte noch keine Kenntnis von Danziger Verhältnissen. — Herr Oberregierungsrath Möhrs bemerkte: In seinem persönlichen und dem Interesse seines Berufs genossen müsse er sprechen. Als in Langfuhr bei der ersten Versammlung über Herrn Richert persönlich gesprochen wurde, habe er gefragt, wir wollen das lassen, da Herr Richert nicht hier ist. Da Herr Richert dies nicht gehabt hat, können wir nicht mehr zurückhalten zur Wahrung berechtigter Interessen. Herr Richert habe bezüglich des Wahlaufrufes der Conservativen gefragt: „Das Verhalten der Beamten sei unpassend“, diese Neuerung entbehrt der Begründung. Wenn der Charakter neben dem Namen desjenigen, der den Wahlaufruf unterschrieben hat, steht, so habe das seine Berechtigung. Wer ist z. B. Möhrs, wenn nicht „Ober-Regierungsrath“ dabei steht? Was nützen ein halb Duhnd Müller und Meyer, wenn nichts weiter dabei steht? Der freisinnige Wahlaufruf habe freilich einen anderen Grundfach: viele Namen. Es kann das vielleicht vorsichtig und geschickt sein. Jeder Wahlaufruf müsse eine Nachprüfung bestehen können. Ich denke aber nicht so tragisch über Herrn Richert. Wir Beamte wollen uns unsere staatsbürglerlichen Rechte nicht nehmen lassen. Allerdings darf ein Beamter nicht in Opposition gegen die Regierung treten. — Herr Brunnen hielt dann in seiner Art Revue über die hier für die Reichstagswahl aufgestellten Kandidaten. Redner bedauert dabei namentlich das selbständige Vorgehen der Antisemiten; diese hätten sehr unschlau gehandelt, sie hätten mit uns hand in Hand gehen sollen, denn jede 100 Stimmen, die uns abgenommen werden, gefährden unseren Kandidaten, daß er nicht in die Stichwahl kommt. — Herr Postdirektor a. D. Medem sprach dann ebenfalls gegen die Kandidatur des Herrn Richert. Herr Richert sei zwar ein ausgezeichnete Redner, das habe er im Parlament gelernt, aber er spreche über Dinge, von denen er nichts versteht, z. B. vom Artosföldau. (Auf aus der Versammlung: Er muß hinaus!) — Herr Kolar bittet schließlich noch, der Herr Kandidat Schulz möchte sich über die wirtschaftlichen Fragen näher informieren und dann seine Meinung äußern.

* [Antisemitische Wählerversammlung.] Die Versammlung, welche Herr Sedlak in gestern Abend in das Cafè Nökel einberufen hatte, war gleichfalls nur mäßig besucht und zudem gehörte, wie sich später herausstellte, die gute Hälfte der Besucher der socialdemokratischen Partei an. Herr Sedlak erklärte zunächst, daß es ihm ferngelegen habe, zu behaupten, Liebermann o. Sonnenberg habe trocken eines obstegenden Urtheils in einer Beleidigungsklage gegen einen Redakteur der „Danziger Zeitung“ alle Kosten beglichen müssen, weil bei seinem Gegner nichts zu haben war; dieses habe sich auf einen Redakteur der „Judenmitteilungen“ beziehen. Der Redner beklagte sich dann darüber, daß es ihm durch den „Einsluß des Judenthums“ nicht möglich gewesen sei, in der Stadt selbst ein Lokal zu Vermittlungen zu finden und ging dann dazu über, die Kandidaten der einzelnen Parteien zu kritisiren. Was Herrn Pfarrer Schärmer anbetreffe, so habe er gegen sein Programm nichts einzuwenden, doch halte er diese Sonderkandidatur für überflüssig, denn er sei selbst Katholik und werde die Forderungen der Katholiken in allen berechtigten Punkten vertreten. Die Polen vertreten gerechtfertigte, aber auch sehr viele ungerechtfertigte Forderungen, dennoch sei ihm ein Pole ziemlich lieber als ein Jude. Die Conservativen hätten keinen schlimmeren Fehler begehen können, als daß sie von vornherein ihren Kandidaten als den minder ausichtsvollen hinstellten. Warum kann sie nicht einen Mann wie den Schlossmeister Teichgräber aufstellen. Die conservativen Kandidaten hätten immer vor der Wahl viel versprochen und nach derselben nichts gehalten. Dann wandte sich der Redner gegen Herrn Richert und stellte wiederum die schon mehrfach durch amtliche Documente widerlegte Behauptung auf, daß Herr Richert seiner Zeit nur einen Kreuzer bewilligt habe. Herr Richert habe in Folge seines „Judenkisches“ sich des Mandats unwürdig erwiesen, die Antisemiten würden Herrn Richert niemals ihre Stimme geben. Dann sprach Herr S., vielfach von Juristen unterbrochen, über die Socialdemokraten, die er gleichfalls für „verjudet“ erklärte. Nachdem Redner für Aufhebung der Bäckererwerbung plaidirt hatte, kam er auf einen in der „Danziger Zeitung“ vom 27. Mai abgedruckten offenen Brief des Herrn David John an Herrn Verwaltungsgerichtsdirector Blümke zu sprechen. Herr Sedlak stellte sich vollständig auf den Standpunkt des Herrn Blümke, dessen Ausführungen genau mit dem überstimmt waren, was er stets ausgeführt habe. Der Beweis für die Behauptung des Herrn Blümke über die Theilnahme der Juden an den Feldzügen werde in einer Schrift des Hauptmanns v. Thirp in Magdeburg gebracht. Herr David John hätte seinen offenen Brief mit folgenden Fragen geschlossen:

Wollen Sie einen Aufschluß zum Strafseftebuch machen, welcher lautet: „Ist die strafbare Handlung von einem Juden begangen, so wird die Strafe verdoppelt“, vielleicht auch verdreifacht? Wollen Sie die Juden aus Deutschland vertreiben? Sehen Sie auf das verkommenen judeurene Spanien! Wollen Sie das Mittelalter wieder heraufbeschwören, uns verbieten, Grund und Boden zu erwerben, ein Handwerk zu treiben? Sollen wir wieder besondere Kennzeichen an unseren Kleidern tragen, wollen Sie uns wieder in Ghettos einschließen? Und wollen Sie, wie es im Mittelalter war, den Christen verbieten, jüdische Kerle zu nehmen, den christlichen Hebammen unterzuladen, jüdischen Wöchnerinnen beizustehen? Wollen Sie die Adligen nicht mehr gestatten, jüdische Damen, getauft oder ungetauft, zu heirathen, auch wenn die verrosteten Wappenschilder und die verschuldeten Güter noch so sehr der jüdischen Millionen bedürfen?

Alle diese Fragen beantwortet Herr Sedlak mit einem „Ja“. Was Herr David John für unglaublich halte, sei der Antisemiten Meinung. Wir wollen, daß die Juden Deutschland verlassen, aber vorher sollen sie erst alles herausgeben, was sie „ergauner“ und „ausgepowert“ haben. Gegen die Ausführungen des Herrn Sedlak wendet sich aus den Reihen der Socialdemokraten Herr Bartels in einstürziger Rede, worauf der antisemitische Kandidat wieder in einer längeren Ausführung antwortete, bis endlich die zwischen sehr dünn gewordene Versammlung nach Mitternacht geschlossen wurde.

* [Ordensverleihung.] Dem Formermester Schäfer in Döber, der in der Drewitsch'schen Fabrik vor kurzem sein 50-jähriges Arbeitsjubiläum beging, ist das allg. Ehrenzeichen verliehen worden.

* [Titelverleihung.] Dem Intendantur-Sekretär Dipp von der Corps-Intendantur in Danzig ist der Charakter als Rechnungsgerath verliehen.

* [Organistenprüfungen.] Bei der in der letzten Woche vor der bischöflichen Prüfungscommission zu Pölzin abgehaltenen Prüfung von Organisten des Bistums Culm haben von 19 Bewerbern 11 die Prüfung bestanden. Nur drei wurde die Beschriftung zur Bedeutung jeder Orgel zuerkannt.

* [Überführung von Eisenbahnwagen.] Die königl. Eisenbahn-Verkehrs-Inspection hat die Ausführungsbestimmungen für die Überführung von Wagen von Danzig Legithor nach Danzig Olivaerthor, Danzig Weichselbahnhof und Reichenbahn herausgegeben. Dieselben sind in der Börse zum Aushang gebracht und können im Bureau des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft eingesehen werden.

* [Mädchenheim.] Für Sonntag, den 12. d. M., hat das „Mädchenheim“ einen Ausflug per Bahn nach Langfuhr veranstaltet. Von dort soll ein Spaziergang durch den Pelonker und Oliwener Wald nach dem Schwedendamm unternommen werden.

* [Beleuchtungs-Probe.] Gestern Abend wurde im Franziskanerkloster eine Beleuchtungs-Probe in den Räumen abgehalten, in denen das Begrüßungsfest für die deutsche Colonialgesellschaft stattfinden wird. Die Probe fiel zur allseitigen Zufriedenheit aus.

* [Feuer.] In der verflossenen Nacht gegen 2 Uhr mußte die Feuerwehr nach dem Hause Olsengasse Nr. 7 ausrücken. In der dritten Etage war dort ein unbewohnter Stubenbrand entstanden, der durch Ablöschen und Entfernen der brennenden Theile sehr bald besiegt wurde.

* [Vorlesung.] Ein großes Trauergesetz geleitete heute Vormittag die irdische Hölle des Herrn Ober- und Corpsauditors Justizrat Trepcke von der Leichtenhalle des Garnison-Archivhofs aus zur letzten Ruhestätte. In dem stattlichen Trauerruge, den die Kapelle des Falstaffer-Regiments Nr. 36 mit Choralmusik eröffnete, befanden sich außer den hier anwesenden Generälen die Mitglieder des General-Commandos, das gesamte dienstfreie Offizierscorps und die höheren Militärbeamten, sowie die höhere Civilbeamte. An der Gruft hielt Herr Militär-Oberpfarrer Confessorialrath Wittig die Gedächtnisrede. Zahllose Blumen- und Kranspenden schmückten den Sarg.

* [Der „Danziger Gesangverein“] wird am Sonnabend, den 11. d. M., einen Ausflug nach Oliwa unternehmen. Die Theilnehmer werden mittels Sonderzuges, welcher um 3 Uhr 15 Min. Nachmittags vom hiesigen Hauptbahnhof absfahren wird, dorthin befördert werden. Die Rückfahrt erfolgt mit den fahrgärtlichen Jürgen. Es gelangen an diesem Tage Sondergrückschriften zum ermäßigten Fahrpreise zur Verausgabe.

* [Der Krieger-Verein Schidlik] hielt gestern Abend seine fahrgärtliche Monatsversammlung ab. Drei Mitglieder des Vereins, welchen nachträglich die Centenarmedaille verliehen worden, wurden hierzu von dem Vorsitzenden begrüßt. Die Wiederkehr des Lages, an welchem der Kaiser vor 10 Jahren die Regierung angeliefert, wird der Verein zugleich mit einer Feier des Gedächtnisses der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli durch ein größeres Sommerfest feierlich begehen.

* [Gefüllung des neuen Kirchenfensters.] In der gestrigen Mitteilung über Anbringung des neuen farbigen Kirchenfensters in der Marienkirche ist ein Bürgermeister berichtet. Sicher desselben sind Herr Franz Steffens und seine Gattin Rose geb. Steffens, zu Berlin, welchen unsere Stadt bekanntlich auch die Anlage des „Steffensparks“ und die Begründung einer unserer Volksbibliotheken zu danken hat.

* [Selbstmordversuch.] Der jugendliche Lagerist A. versuchte gestern Nachmittag, anscheinend in einer Anwendung von Geistesstörung, durch Ersticken seinem Leben ein Ende zu machen. Der Schuh, welchen er sich in die rechte Schläfe beibrachte, hat eine schwere Verletzung zur Folge gehabt. A. ist in dem städtischen Sanitätswagen nach dem Lazareth in der Sandgrube gebracht worden, wo er sich in Behandlung befindet.

* [Grafenhammer.] In der gestrigen Sitzung wurde gegen den Kaufmann Galy Müller aus Danzig wegen Beleidigung verhandelt. Herr M. hat Telefonanschluß in seinem Comtoir und wollte am Mittag des 21. September d. J. mit Stettin sprechen. Es wurde ihm aber mitgetheilt, es besteht auf der Stettiner Leitung eine Betriebsstörung und wie Herr Müller behauptet, soll ihm der Telephon-Baumeister gesagt haben, er werde ihm anrufen, wenn die Störung beendigt sei. Am Abend klingelte Herr M. wieder und es wurde ihm vom Telephon-Amt gesagt, daß die Leitung bereits lange wieder benutzbar sei. Als er sich dann erkundigte, warum er nicht benachrichtigt sei, kam es zu Differenzen mit dem Beamten, es fielen von Seiten des Herrn Müller die Worte: „Wenn der Beamte das leugnet, dann liegt er“, „Pflichtwidrigkeiten“ etc. Herr Postassistent Otto Krüger — der Beamte, welcher anfangs mit Herrn Müller verhandelt hatte — fühlte sich beleidigt und stellte den Strafantrag gegen Herrn M. Dieser gab an, daß er die Worte geäußert habe, ihm sei die Benachrichtigung versprochen gewesen und da habe er in der momentanen Erregung die Ausdrücke gebraucht. Herr Krüger stellte eifrig bestimmt in Abrede, die Benachrichtigung versprochen zu haben, das würde allen Geplötztheiten auf dem hiesigen Telephonamt, wo die Beamten einen sehr aufreibenden Dienst hätten, widergesprochen haben. Der Gerichtshof hielt ein Mißverständnis nicht für ausgeschlossen, stellte aber eine Beleidigung des Polizeibeamten fest und verurteilte den Angeklagten zu 100 Mk. Geldstrafe.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verhaft worden die Grundstücke: Langfuhr Blatt 328 von dem Bauunternehmer Bodmann an die Frau Architekt Wagner, geb. Grebe, für 46 900 Mk.; Brunsbörweg Nr. 44 von dem Rentier Hermann Sahl an den Sattler Mor Krieger für 58 500 Mk.; Altholzland Nr. 148/147 von den Eigentümern Moritzschen Eleuteen in Hochzeit an die Feuerwehrmann Wilhelm Gotowitsch Eleuteen für 555 Mk.; Goldschmidgasse Nr. 6 von der Frau Stadtrath Schütz, geb. Alois, an den Juwelier Oskar Bieber für 34 500 Mark; Bischofszofe Nr. 7 von der Witwe Hömölling, geb. Erb, an den Baugewerksmeister Hermann Röhr für 3000 Mk. Das mag vielleicht den benachbarten Großgrundbesitzern großen Ärger verursachen, welche wenn sie ihre Arbeiterwohnungen wollen befehlen haben, nur auch wohl ihre Arbeiter etwas besser stellen müssen. Ferner möchten die Herren, welche da glauben daß von „seinem Liberalismus hier nichts zu merken“ ist, sich mal in unserer Nähe darnach erkundigen, wieviel Herr Wüstenberg den kleinen Besitzer mit Nutzen aus der Not geholfen hat. Über wünschen die Herren vielleicht, Herr Wüstenberg solle das Contingent welches ihm gefehlt just steht, an die großen „Nothleidenden“ verhängen und sein übriges habe und Gute an die kleinen Leute verteilen??

Bütow, 6. Juni. In der Nacht zum Sonntag wütete in Reckow ein größeres Feuer. Es brach im Scheunen- und Stallgebäude des Franz v. Trzebiatowski aus, ergriff dessen Wohnhaus und breitete sich dann auf die Stall- und Scheunengebäude des Gutsverths Hawen sowie das Wohnhaus und die Stall- und Scheunengebäude der Brüder Johann und Leo v. Rekowski aus. Letzteren sind zwei Räume und ein Kast mitverbrent. In Gr. Massowitj brannte in vergangener Nacht das Wohnhaus des Besitzers Aull nieder.

* [Mobilmachung der Kriegervereine.] Mit welchen Mitteln auch in dem gegenwärtigen Wahlkampf wieder der conservativer Seite gearbeitet wird, ersehen wir aus einem Flugblatt, welches am letzten Sonntag anlässlich der Fahnenweihe des Kriegervereins Biella verbreitet worden ist. Es handelt sich um die Reichstagswahl im Kreise Oelkha-Lych-Johannisburg, wo von conservativ-agrarischer Seite Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode candidirt. Das Flugblatt schließt mit folgender Aufforderung:

„Kameraden! Unsere Kriegervereine haben sich als Hauptaufgabe die Pflicht auferlegt, das kameradschaftliche Zusammenhalten ihrer Mitglieder als rechtssichere alte Soldaten in Liebe und Treue zu König und Vaterland zu hegen und zu belohnen. Geben wir der Welt ein Beispiel von Kraft und Pflichttreue dadurch, daß der 16. Juni uns alle auf dem Posten findet. Kameraden aus den Kreisen Oelkha, Lych Johannisburg, gebt eure Stimme nur dem Kandidaten der conservativen Partei, dem Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode.“

Wir glauben, bemerkt hierzu die „Agsb. Hartg. Jg.“, daß mit diesem Wahlaufruf „der Welt“ viel weniger ein „Beispiel von Kraft und Pflichttreue“ als von der Unverstörenkeit gegeben wird mit welcher man in Kriegervereinen entgegen der statutarischen Bestimmungen politische Wahlagitierungen glaubt treiben zu dürfen. Was würde wohl geschehen, wenn heute ein Kriegerverein einen ähnlichen Aufruf zu Gunsten eines freisinnigen Kandidaten veröffentlichten würde!

nauer Noth durch gegenseitige Unterstüzung ans Ufer reiten. Esfort wurde mit mehreren Räumen nach der Leiche gefügt und nach ca. zwei Stunden wurde sie an einer Bühne bei Varent aufgefunden.

O Marienburg, 7. Juni. [Communal-Constitut.] Bevor in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung eingetreten wurde, vorlas der Herr Stadtverordneten-Dorsteher folgender Brief:

„Meine vorgesetzte

Vermischtes.

* Der unten beschriebene Scheinwerfer ist nach der "Post" die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Seekriegsführung. Er ist an Bord einiger amerikanischer Schiffe angebracht. Das Licht fällt durch starke Linsen von einem Punkt weit unter der Wasserlinie in fast horizontaler, nur wenig schräger auswärts gerichteter Linie bis zur Oberfläche des Wassers und beleuchtet so dieselbe, ohne daß durch den Scheinwerfer selbst der Ort des eigenen Schiffes verrathen wird. Diese unterseeischen Scheinwerfer sind sowohl in der Höhenrichtung, wie auch in der Seitenrichtung verstellbar, um auch bei seitligendem Schiff das ganze Schiff nach allen Seiten beleuchten zu können.

Mülhausen i. G., 7. Juni. Gestern Abend wurde am Theater nach Schluss der Vorstellung der Mörder Schneider, welcher vor einigen Tagen die Ehefrau Leprince ermordet hat, hier auf der Straße festgenommen. Schneider gab auf die ihn festnehmenden Schuhleute vier Revolverkugeln ab und jagte sich den fünften Schuß in den Kopf. Er wurde schwer verletzt nach dem Hopital gebracht. (W. L.)

Sofia, 2. Juni. Der Prozeß wider den berühmt gewordenen Räuberhauptmann Athanassios, welcher mit seiner Bande vor einer Reihe von Jahren den Orientexpresszug auf türkischem Boden überfiel und die Reisenden als Gefangene in die Berge schleppete, dürfte demnächst vor dem bulgarischen Gerichte in Aufsiedl beginnen. Das Verlangen der türkischen Behörden nach Auslieferung des Athanassios wurde abschlägig bezeichnet, da der Räuber bulgarischer Staats-

angehöriger ist. Athanassios lebte bekanntlich seit seinem sensationellen Brigantenstreich als wohlhabender Grundbesitzer in dem Orte Berkowitscha in Bulgarien. Ein Zufall führte zu seiner Entdeckung und Verhaftung. Die Bevölkerung von Berkowitscha und Umgebung fühlt sich durch die Verhaftung schwer getroffen, da Athanassios die ganze Zeit hindurch seinen Mitbürgern als Helfer und Wohlhaber zur Seite stand. Interessant ist, daß einer von jenen Reisenden, die in die Hände des Athanassios fielen, sich als Privatbeihiliger der Anklage wider ihn angelobt hat. Durch einen hiesigen Advocaten verlangte er die Herausgabe von 3000 türkischen Pfund, welche damals als Lösegeld für ihn an Athanassios entrichtet werden mußten. Der Advocat hat vorläufig die Besitzungen des Briganten als Pfand mit Beslag belegen lassen.

Standesamt vom 8. Juni.

Geburten: Lehrer Reinhold Böllmann, S. — Maschiner Otto Schramm, S. — Arbeiter Eduard Jungk, T. — Arbeiter Joseph Pelt, T. — Schneidergeselle Hermann Erdmann, T. — Schneidermeister August Hübler, S. — Arbeiter Albert Lipkow, S. — Schmiedegeselle Julius Grochowski, T. — Böttchergeselle Ferdinand Pfeifer, S. — Schlossergeselle Friedrich Slojek, T. — Fleischergeselle Heinrich Mollenhauer, T. — Aufzogende: Ober-Lazarettchirurg Emil Bernhard Połanski hier und Marie Auguste Giecke zu Oliva. — Fleischergeselle Joseph Johann Benkowsky hier und Marie Helene Kowalski zu Sobbowith. — Schmiedegeselle Gottlieb Golanek und Wilhelmine Emilie Pauline Bahr, beide hier. — Arbeiter Albert Franz Johann Durang und Augustina Arol, beide hier. — Heirathen: Juckereder Herrmann Bennewitz und Agnes Laschkowski. — Schuhmachergeselle Friedrich

Milch und Julianne Hallmann. — Arbeiter Emil Lehmann und Elisabeth Stephan — Gämmlit, hier.

Todesfälle: Rentier Amandus Edwin Behrendt, 64 J. — S. des Fabrikarbeiters Franz Wahl, 10 J. — Maschinenschlosser Paul Georg Heinig, 27 J. — Rentier Jakob Wölke, fast 83 J. — Gerichtsvollzieher a. D. Robert Leopold Wilhelm Gasse, fast 76 J. — Haustimmermann Karl Ludwig Romske, 63 J.

Danziger Börse vom 8. Juni.

Weizen hatte auch heute nur kleinen Verkehr und Preise zu Gunsten der Käufer. Gehandelt ist nur russischer zum Transit roth 740 Gr. 156 M. streng roth 752 und 758 Gr. 158 M. per Tonnen.

Rogen loco geschäftlos. Gerste. Angekommene Partien blieben wegen zu hoher Forderungen unverkauft. — Weizenkiste mittel belegt 3.60 M. per 50 Alot. bezahlt. — Roggenkiste 4.30 M. 4.50 M. per 50 Alot. gehandelt. — Spiritus unverändert. Contingentirter loco 72.50 M. Br. nicht continuaert. Contingentirter loco 52.50 M. Br. verkauf.

Berlin, den 8. Juni 1898.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

260 Rinder. Bezahlte 100 Pf. Schlachtgew. Ochsen: a) vollfleische, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths; höchstens 7 Jahre alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M; c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M; d) gering genährte jeden Alters 47—48 M.

Bullen: a) vollfleische, höchsten Schlachtwerths — M; b) mäßig genährte jüngere und zu genährte ältere — M; c) gering genährte 44—47 M.

Färsen u. Rühe: a) vollfleische, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleische, ausgemästete Rühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Rühe und wenig gut entwickelte jüngere Rühe und Färsen

— M; d) mäßig genährte Rühe und Färsen 48—48 M; e) gering genährte Rühe und Färsen 41—43 M.

2115 Räuber: a) feinste Saughälber (Vollmilchhalt) und beste Saughälber 68—70 M.; b) mittlere Saughälber und gute Saughälber 60—64 M.; c) geringe Saughälber 53—58 M.; d) ältere geringe Saughälber 40—42 M.

1685 Schafe: a) Mastlämmmer und jüngere Mastlämmmer 61—63 M.; b) ältere Mastlämmmer 68—80 M.; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mutterhasen) 55—57 M.; d) alte Holsteiner Niederungsschafe (Lebenbüch) 53—55 M.

7581 Schweine: a) vollfleische der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter zu 1½ Jahren 53 M.; b) Räuer — M.; c) fleischige 51—52 M.; d) gering entwickelte 49—50 M.; e) Sauen 43—47 M.

Verlauf und Tendenzen des Marktes:

Rinder: Vom Rinderauftrieb blieben 80 Stück unverkauft.

Räuber: Der Handel gestaltete sich ruhig.

Schafe wurden ziemlich ausverkauft.

Schweine: Der Markt verlor ruhig und wird kaum geräumt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser. 7. Juni. Wind: NO.

Gefegelt: Luna (SD), Kunst, Köln, Güter. — Danzig, Hendryk, Gloucester, Holz. — Bürgermeister Peterje (SD), Alteiter, New York, leer. — Vidar (SD), Nielsen, Riga, leer. — Leander (SD), Juhi, Rag, leer. — Ant (SD), Mother, Gesle, leer.

8. Juni. Wind: SW, später NO.

Angekommen: D. Siebler (SD), Peters, Rotterdam, Schlaue und Güter.

Gefegelt: Blinde (SD), Lintner, London, Holz und Zucker. — Mawha (SD), Aufscher, London, Güter.

Verantwortlicher Redakteur Georg Sander in Danzig, Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

Folgende Änderungen gegen unsere Bekanntmachung vom 1. d. Mts. betreffend die Reichstagswahl vom 16. d. Mts. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

An Stelle der früher genannten Herren haben wir ernannt:

I. Zu Wahlvorstehern.

Für den 3. Wahlbezirk, Herrn Kaufmann Otto Apfelbaum, Fleischergasse 75. — Herrn Brauereibesitzer Wentzel, Hundestraße 8/9. — Herrn Postverwalter a. D. Lohrke, Jungferngasse 29. — Herrn Kaufmann R. Ludwig, An der Schneidemühle 10. — Herrn Stadtverordneten, Commerzienrat Muscate, Milchannengasse 1. — Herrn Oberlehrer Guhr, Sandgrube 43. — Herrn Rentier Albert Holtz, Fälschenhaller Weg 2 d.

II. Zu Wahlvorsteher-Stellvertretern.

Für den 7. Wahlbezirk, Herrn Kaufmann P. Berling, Brodbänkengasse 50. — Herrn Kaufmann H. Farr, Sandgrube 23.

Berichtigend wird ferner noch bemerkt, daß a) die Wohnung des Stadtverordneten Hybbeneß (3. Wahlbezirk) nicht Fleischergasse 21, sondern Röpergasse 10. b) der Vorname des Kaufmanns Gronau (12. Wahlbezirk) nicht Albert, sondern George ist, und c) zum 10. Wahlbezirk nicht der I. Damm, sondern der III. Damm gehört. (7922)

Danzig, den 7. Juni 1898.

Der Magistrat.

Trampe. Loop.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft „Chemische Fabrik Pfannenschmidt“ (Inhaber Kaufleute Paul Pfannenschmidt und Alexander Ferdinand Otto Zielske) in Danzig, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 27. Juni 1898, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hierbei. Zimmer Nr. 42 des Gerichtsgebäudes auf Pefferstr. anberaumt. (7902)

Danzig, den 3. Juni 1898.

Dobratz.

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts 11.



Nach Hela

Fährt am Donnerstag, den 9., und Freitag, den 10. Juni cr., der Salondampfer „Drache“. Abfahrt Frauenthor 2, Westerplatte 2½, Dopp. 3½, Hela 7 Uhr.

Fahrtspiel M 1.50. Refüllung an Bord.

„Weißel“ Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-Aktion-Gesellschaft.

Nachdem in der General-Versammlung des Freisinnigen Wahlvereins für den Wahlkreis

Danzig Land

am 5. März d. J. Herr

Hofbessiker Schahnasjan-Altdorf

„einstimmig“ zum Candidaten für die am

16. Juni d. J. stattfindende Reichstagswahl

für den Wahlkreis Danzig Land proclamirt worden, bittet der Unterzeichnate alle liberalen Wähler, für die Wahl des Genannten eintreten und demselben ihre Stimme zu geben. (7651)

Der Vorstand des Freisinnigen Wahlvereins für den Wahlkreis Danzig Land.

Hypotheken-Bank in Hamburg.

Die Einlösung der am 1. Juli 1898 fälligen Zinsscheine unserer Hypothekenpfandbriefe erfolgt vom 15. Juni d. J. an ausser an unserer Kasse Hamburg, Hohe Bleichen 18, bei den sonstigen bekannten Zahlstellen und allen Pfandbriefverkaufsstellen.

Hamburg, im Juni 1898. (7919)

Die Direction.

Bau-Gelder in Höhe von 300 000, 200 000, 100 000 Mark, auch in kleinen Posten hat zu vergeben

Julius Berghold,

Langenmarkt 17. (7373)

Bekanntmachung. Die Arbeitskräfte von ca. 40 männlichen Gefangenen, welche bis 30. September d. Js. mit Nebenfischen beschäftigt werden, sind vom 1. Oktober d. Js. ab zu vergeben.

Cigarrenfabrikation und Zigaretten sind hier bereits vorhanden und deshalb für die neue Betätigung ausgeklossen.

Die Strafanstalt ist an der Weichsel gelegen und von der nächsten Bahnhofstation Morroshön der Ostbahn 10 km entfernt.

Die Submissionsbedingungen können hier eingesehen, oder auch gegen Einwendung von 50 Kr. bezogen werden.

Auktionsfähige Bewerber sollen ihre Angebote in der Aufschrift: „Bewerbung um Arbeitskräfte“ bis 4. Juli, Vormittags 11 Uhr zu welcher Zeit die Öffnung der eingegangenen Offerten stattfindet verfügen der unterzeichneten Strafanstalt einreichen. (7913)

Danzig, den 6. Juni 1898. (7913)

Königliche Strafanstalt.

Bekanntmachung der Gewerbfabrik.

Die am 1. Juli 1898 fälligen Coupons unserer Hypothekenbriefe werden vom 15. Juni 1898 ab in Danzig bei der Danziger-Privat-Action-Bank eingelöst. (7908)

Berlin, im Juni 1898.

Die Direction.

Expedition nach den Weichselstädten ic.

Es laden:

D. „Thorn“ bis Thorn.

Sr. „Schule“ bis Montw.

(Barischin, Labischin, Pakosch) bis heute Abend in Danzig und Neufahrwasser. (7886)

Güterzuweisungen erbitten

Johannes Ick, Flussschiff - Expedition.

Welche christliche Familie würde einem Lehr befehlenden Oberförster, welcher kürzlich sein Auge verloren, trauriger Familiengewaltbalde unentgängliche Aufnahme bis zum Einjährigen gewähren? Kleidung u. Gaulgeld zahlt die Mutter. Freunde, Abr. unter 3. 263 an die Expedit. d. Zeitung erbeten.

Langfuhr!

In der am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Lite-Langfuhr, Hauptstraße 23, stattfindenden

Hans Schaefer, Ingenieur, Langgarten 44/45. Telephon No 535. Behördl. concess. Unternehmer für elektr. Beleuchtungs- u. Kraftübertragungsanlagen im Anschluß an das hiesige Elektricitätswerk.

geringe Geschäftskosten, eigene Bauleitung, Rückspuren an Ort und Stelle kostenlos.

Liberalen Wähler-Versammlung

laden ihre Gesinnungsgenossen ergebnist ein

die Liberalen Vertrauenmänner der Langfuhrer Wahlbezirke.

1888

zu der am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Lite-Langfuhr, Hauptstraße 23, stattfindenden

Liberalen Wähler-Versammlung

laden ihre Gesinnungsgenossen ergebnist ein

die Liberalen Vertrauenmänner der Langfuhrer Wahlbezirke.

1888

zu der am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Lite-Langfuhr, Hauptstraße 23, stattfindenden

Liberalen Wähler-Versammlung

laden ihre Gesinnungsgenossen ergebnist ein

die Liberalen Vertrauenmänner der Langfuhrer Wahlbezirke.

1888

zu der am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des